

Gewerkschaftliche

Information

**Populärwissenschaftliche Schriftenreihe
Zeitgenössische Standpunkte – Historische Dokumente**



**Verein Freie Deutsche Gewerkschaften e.V.
- Förderverein -
zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung**

**Podiumsgespräch
zum Thema**

**Der Prozess der Auflösung des FDGB
Herbst 1989 bis September 1990**

**Berlin
April 2013**

Prof. Dr. Horst Schneider

Die Auflösung des FDGB - Herbst 1989 bis Sept. 1990 -

Die Delegierten des Gewerkschaftskongresses beschlossen am 14. September 1990 die Auflösung des FDGB. Ab 3. Oktober ist der DGB für die lohn- und gehaltsabhängigen Beschäftigten in nunmehr 16 Bundesländer der BRD zuständig. Die Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung 1990 im Osten Deutschlands war mit der Auflösung des sozialistischen Weltsystems und dem Niedergang der DDR verbunden. Sie war Teil des politischen Systems der DDR. Der Vorwurf, sie waren „Staatsgewerkschaften“, ist oberflächlich und ein Argument aus dem Arsenal des kalten Krieges. Ohne Zweifel, die im FDGB vereinten Gewerkschaften leisteten ihren Beitrag zur Gestaltung des ersten Arbeiter- und Bauernstaates in Deutschland. Sie ließen sich in ihrer Politik von der prinzipiellen Übereinstimmung der Interessen der Werktätigen mit den Zielen der Regierung der DDR leiten.

Der Niedergangsprozess, der letztlich mit der Zerschlagung des FDGB endete, umfasst einen längeren Zeitraum. Beginnend mit der so genannten Perestroika in der Sowjetunion und dem Zerfall des sozialistischen Weltsystems, reichte er bis in die Mitte des Jahres 1990. Man mag über die so genannte Perestroika, der mit ihr verbundenen Zielsetzung, den Wegen und den Ergebnissen unterschiedlicher Meinung sein. Aber deutlich wurde:

Erstens: Der politische Drang und die Notwendigkeit in den sozialistischen Ländern nach einem reformierten, demokratischen Sozialismus war spürbar. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung wuchs. Der Versuch eine progressive, antikapitalistische politische und ökonomische Entwicklung zu gestalten war zum Stillstand gekommen.

Zweitens: Das Ziel der Perestroika konnte nicht erreicht werden, es war illusionär. Die gesellschaftlichen Verhältnisse in den sozialistischen Ländern wurden nach „westlichem“ Vorbild restauriert. Die Politik eines Gorbatschow und eines Schewardnadse tragen Modereruch des Verrates. Die gesellschaftlichen Folgen sind bekannt.

Kennzeichnend war für diese Zeit auch die Unfähigkeit des politischen Systems der DDR auf die neuen politischen, ökonomischen und internationalen Herausforderungen zu reagieren. Die Krise des politischen Systems trat immer deutlicher hervor. Ein sich zuspitzender Widerspruch zwischen den politischen und ökonomischen Bedürfnissen der Bevölkerung einerseits und der Politik der Parteiführung andererseits kennzeichnete die Situation. Die Forderungen nach mehr Demokratie war unüberhörbar geworden. In der Tat der Zentralismus in der DDR war das Prägende. Er dominierte (bzw. überlagerte) die demokratischen Elemente der gesellschaftlichen Entwicklung. Es wurde deutlich, die SED konnte ihren in der Verfassung der DDR festgeschriebenen Anspruch auf die führende Rolle in der Gesellschaft nicht mehr gerecht werden. Die Kluft zwischen Parteiführung und Bevölkerung war zu groß.

Der FDGB und seine Gewerkschaften waren Teil des gesellschaftlichen Systems in der DDR. Damit waren Sie auch in den gesellschaftlichen Krisenprozess eingeschlossen. Den Vorständen waren viele kritische Meinungen aus den Betrieben bekannt. Auch über

zunehmende Arbeitsniederlegungen wurde berichtet. Sie waren als Gewerkschaftsorganisation nicht in der Lage den zunehmenden Unmut, die zunehmenden Proteste, aufzugreifen und in politische Forderungen und Aktionen gegenüber der Partei umzusetzen. Die Bevölkerung brachte vor allem auf der Straße ihre Forderungen nach politischen Veränderungen zum Ausdruck. Arbeitsniederlegungen bzw. Streiks in den volkseigenen Betrieben, die auf eine Veränderung der politischen Verhältnisse gerichtet waren, gab es kaum. Hervorgehoben werden muss, die gewaltige Kundgebung auf dem Alexanderplatz am 4. November 1989. Was heute in Vergessenheit geraten ist, sie wurde von der Gewerkschaft Kunst der DDR organisiert.

In diesen Zeitabschnitt (Herbst 1989 – Sept. 1990) gab es viele Konzepte für eine Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR. Sie wurden von den unterschiedlichsten politischen Strömungen angeboten. Allerdings gelang es nicht die politischen Forderungen nach Demokratie und Meinungsfreiheit in ein tragfähiges und von den Mitgliedern der Gewerkschaften akzeptiertes Konzept zur Gestaltung eines demokratischen Sozialismus umzusetzen. Unter dem Einfluss der Politik und der Medien der BRD sowie des Zusammenbruchs des sozialistischen Weltsystems endeten die Aktionen im „Anschluss“ der DDR an die BRD. Die Folge war, das politische System der BRD wurde der Bevölkerung der DDR übergestülpt. Von der Dynamik dieser Entwicklung waren sowohl die Gewerkschaften in der DDR als auch in der BRD überrascht.

Blick man auf diesen Zeitabschnitt zurück, so wird deutlich warum auch die Gewerkschaften in der DDR ihre Basis verloren: Angesichts der zunehmenden Widersprüche zwischen der Gesellschaftspolitik der SED und den realen Bedingungen und Bedürfnissen der Bevölkerung verhielten sich die Gewerkschaften unkritisch. Es gelang ihnen nicht ein tragfähiges und von den Mitgliedern akzeptiertes politisches Konzept vorzulegen. Sie verloren das Vertrauen ihrer Mitglieder.

Wenn kritische Positionen zum Wirken der Gewerkschaften in der DDR eingenommen werden, muss festgestellt werden, dass in den vierzig Jahren ihrer Existenz eine Politik, unter ihrer Mitwirkung und ihren Initiativen umgesetzt werden konnte, die in ihrem Anliegen auf das Wohl der Arbeiter und Angestellten gerichtet war. Das fand seinen Ausdruck

- In einem Arbeitsgesetzbuch, das auf Initiative der Gewerkschaften von der Volkskammer beschlossen wurde. Mit diesem wurden den Beschäftigten und den Gewerkschaften Rechte eingeräumt, die in dem heutigen „Rechtsstaat“ ihresgleichen suchen. Erinnerung sei an:

Plandiskussionen

BKV

RKV

Konfliktkommissionen

u.v.m. (siehe bisherige Veröffentlichungen des Vereins)

Sie hatten eine Vielzahl von politische Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten. Ihre Tätigkeit richtete sich nicht nur auf Tarifpolitik.

- In einer in der deutschen Geschichte bisher nicht gekannten sozialen Sicherheit

Durch unseren Verein wurden die sozialen Errungenschaften in einem Informationsblatt „Zahlen und Fakten zur staatlichen und gewerkschaftlichen Sozialpolitik ...“ dokumentiert“. Aus diesem Material ist ersichtlich: In den 55 Jahren seiner Existenz hat der FDGB mit dazu beigetragen, dass ein grundlegenden Wandel der Stellung der Beschäftigten in den Betrieben erfolgte (Mitbestimmung, RKV, BKV, Rolle der BGL, der Arbeiter- und Bauerninspektionen)

Ohne Zweifel, an diesen sozialen und kulturellen Leistungen haben der FDGB und seine Gewerkschaften in erheblichen Umfang mitgewirkt.

Bei aller differenzierten Betrachtung des Wirkens der Gewerkschaften in der DDR stellen wir klar und eindeutig fest, von den Gewerkschaften in der DDR wurde entsprechend den Bedingungen und den Möglichkeiten, eine breite Interessenvertretung der Werktätigen wahrgenommen - sie waren Interessenvertreter.

Damit stehen wir allerdings im Gegensatz zu den, in der BRD vertretenen Auffassungen zum Charakter der Gewerkschaften in der ehemaligen DDR. Rundweg wird geleugnet, dass es überhaupt Gewerkschaften waren. Wir bedauern es sehr, dass auch die im DGB vereinten Gewerkschaften diese Position vertreten. Die Argumentation ist nur schwer zu begreifen, ist sie doch von den Unternehmern und ihren politischen Geschäftsführern in Szene gesetzt worden und richtet sich gegen die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder. Auf ihren Kern gebracht wird behauptet:

- Sie waren Erfüllungsgehilfen der SED
- Sie waren Staatsgewerkschaften
- Sie waren demzufolge keine freien und unabhängigen Gewerkschaften. Sie beruhten nicht auf freien Wahlen.

Diese drei Behauptungen haben den Geruch von Totschlagargumenten. Sie werden benutzt ohne eine Auseinandersetzung mit dem Wirken der Gewerkschaften in der DDR. Sie leugnen damit auch den aktiven Einsatz vieler engagierter Gewerkschafter.

Dennoch, Jahre vor der Rückwende kam es zu Kontakten zwischen den Gewerkschaften beider deutsche Staaten. Gespräche auf nahezu allen Ebenen fanden statt. Es gab nützliche kollegiale Beziehungen. Diese Beziehungen währten bis zum Frühjahr 1990. Am 18. April schloss der Bundesvorstand die Vereinigung der beiden deutschen Gewerkschaftsbünde aus und den Zusammenschluss der Einzelgewerkschaften der DDR „unter dem Dach des DGB“ Bis Anfang Mai werden bereits 40 Verbindungsbüros eingerichtet, die auch den Aufbau eigener, FDGB unabhängiger Strukturen betreiben (Vergl. Chronik des FDGB Herbst 1989 bis Ende 1990). Die Beziehungen zum FDGB wurden zu diesem Zeitpunkt wurden vom DGB, nahezu plötzlich, abgebrochen. Die Begründung, der FDGB sei nicht reformfähig. Damit wurde aber auch der Kontakt zu 9,2 Mio. organisierten Mitgliedern unterbrochen. Die Hoffnung, dass sich diese, nach Auflösung des FDGB, den im DGB vereinten Gewerkschaften anschließen würden, erfüllten sich nicht. Die Mitgliederzahl der 8 im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften betrug 2010 nur noch 6,2 Mio. Was auch immer die Ursachen sein mögen, es ist offensichtlich, dieser Beschluss führte nicht zu einer Stärkung der gewerkschaftlichen Kampfkraft in der neuen BRD

In der Zeit der Rückwende 1989/90 haben viele Gewerkschafter aus den alten Bundesländern in anerkennender Weise die Neuformierung der Gewerkschaften in der DDR unterstützt und mit dazu beigetragen, das manche Arbeitsplatz, im Prozess der von Treuhand betriebenen rigorosen Liquidierung vieler Betriebe, erhalten werden konnte. Allerdings ist nur schwer zu verstehen, dass auf eine Vielzahl von in der DDR für die Beschäftigten Errungenschaften verzichtet wurde, bzw. zum Gegenstand gewerkschaftlicher Diskussionen in der nun größeren BRD gemacht wurden. Auf einige soll hingewiesen werden:

Verzicht auf ein einheitliches überschaubares und für die Beschäftigten verständliches Arbeitsrecht.

Vom FDGB wurde das AGB initiiert und für die Beschäftigten in der DDR war es eine verbindliche Rechtsgrundlage,

Im Einigungsvertrag Artikel 30 (1) 1 wird für den gesamtdeutschen Gesetzgeber die Aufgabe formuliert: „das Arbeitsvertragsrecht sowie das öffentlich-rechtliche Arbeitszeitrecht einschließlich der Zulässigkeit von Sonn- und Feiertagsarbeit und den besonderen Frauenschutz möglichst bald einheitlich zu kodifizieren.“

Die Kodifizierung der Arbeitsgesetzgebung ist dringend geboten. Aber, auch nach 21 Jahren „Einiges Deutschland“ ist sie nicht erfolgt. Im Interesse der lohn- und gehaltsabhängig Beschäftigten sind solche Fragen zu klären wie:

- Zusammenfassung unterschiedlicher Gesetze und Einzelnormen
- Ablösung verfassungswidriger und veralteter Rechtsnormen
- Herstellung von Übersichtlichkeit und Transparenz
- Ablösung des unüberschaubaren Richterrechts
- Überwindung der Deregulierung als gesetzgeberisches Prinzip
- Erfüllung des Gebots des Grundgesetzes, wesentliche Rechtssätze mit grundrechtlicher Relevanz verbindlich festzulegen
- Schaffung von Rechtssicherheit durch Kodifizierung verständlicher Grundnormen
- Stärkerer Ausbau des sozialen Schutzes der Arbeitnehmer
- Regelung zur Beschäftigungssicherung und Förderung
- Harmonisierung des nationalen Rechts mit dem europäischen Recht, Überlegungen zur Herausbildung eines europäischen Arbeitsrechts

(Nach Hultsch, Petermann, und Schmidt: Entwurf für ein Gesetz zur Regelung der Mindestbedingungen im Arbeitsverhältnis – Arbeitsvertragsgesetz)

Es liegen Erfahrungen für die Erarbeitung und Handhabung einer einheitlichen Arbeitsgesetzgebung in der DDR vor. Gewiss, ein Arbeitsgesetzbuch wie es in der DDR Gültigkeit hatte ist nicht möglich, das verbieten die gesellschaftlichen Verhältnisse, des Privateigentum an den Produktionsmitteln und die auf ihnen beruhende und noch herrschende christlich neoliberale Wirtschaftspolitik.

Ein Arbeitsrecht ist gefordert, das für jeden Arbeitnehmer die Grundsätze des Arbeitsrechts verständlich und übersichtlich werden lässt, das Mindestbedingungen im Arbeitsverhältnis, das Arbeitskampfrecht, die betriebliche Mitbestimmung, das Frauen- und Jugendarbeitsrecht,

und andere die Beschäftigten unmittelbar berührende rechtliche Fragen regelt. Das allein den Juristen, der Bürokratie und den Lobbyisten zu überlassen würde zu einem unternehmerfreundlichen Arbeitsrecht führen. Gedanken und Überlegungen gibt es bereits aus dieser Ecke. Die Gewerkschaften schweigen sich bisher dazu aus. Aber es erfordert starke, einheitlich kämpfende Gewerkschaften, deren Schwerpunkt nicht nur Tarifikampf sein darf. Sie müssen ihren politischen Einfluss in der BRD erhöhen.

Ein weiteres für die Gewerkschaften in der DDR gelöstes Problem soll angesprochen werden:

In der DDR wurde das Prinzip ein Betrieb eine Gewerkschaft in vollem Umfang verwirklicht. Die BGL vertrat die Belegschaft im Betrieb. Sie hatte die Aufgabe die Interessen der Beschäftigten unter Berücksichtigung der zentralen Beschlüsse ihrer Gewerkschaft und des FDGB wahrzunehmen. Dazu hatte sie sehr weit reichende Mitwirkungs-, Mitgestaltungs- und Kontrollrechte. In diesem Zusammenhang soll auf das Protokoll zum Podiumsgespräch „Mitwirkung, Mitbestimmung und Kontrollfunktion der Gewerkschaften der DDR“ nur hingewiesen werden.

Es erhebt sich natürlich die Frage, welchen Einfluss haben die Gewerkschaften auf die Wahrnehmung der Interessen der Beschäftigten in den Betrieben heute? Nach dem Betriebsverfassungsgesetz ist er gering, er hört faktisch vor den Toren der Betriebe auf. Im Betrieb gilt das Direktionsrecht der Unternehmer. Auch die Mitbestimmungsrechte in den Aufsichtsräten der AG sind stark beschränkt, wenn nicht gar wirkungslos. Es erheben sich viele Fragen: Muss das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben angesichts der Globalisierung, der elektronischen Datenerfassung und -verarbeitung, des weltweiten Internets der modernen IT- Technik neu durchdacht werden? Wie stellen sich die Gewerkschaften den neuen Anforderungen?

Ein drittes Problem soll angesprochen werden:

Es herrscht wohl allgemein Einigkeit darüber, dass in der DDR der Zentralismus die Demokratie überlagerte. Das galt auch für den FDGB und seinen Gewerkschaften.

Damit war der politische Einfluss der SED, die Kontrolle der Arbeit der Vorstände zur Erfüllung der Parteibeschlüsse unmittelbarer gewährleistet. Ohne Zweifel, der Spielraum für gewerkschaftliches Wirken der Einzelgewerkschaften war eng. In der Zeit des Umbruchs forderten und erhielten sie natürlich eine größere Selbständigkeit sowie eine größere Verfügung über die von ihnen eingebrachten Mitgliedsbeiträge.

In der Zeit der Angliederung der DDR verhandelten sie selbständig mit den Partnergewerkschaften in den Bundesländern. War damit die Kraft der Einheitsgewerkschaft geschwächt, wurde sie damit zerschlagen?

Die Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung beweist, einheitliches Handeln im Abwehrkampf gegen die alltäglichen Angriffe des Kapitals und in der Auseinandersetzung um bessere Lebensbedingungen ist eine Garantie für den Erfolg.

Analysiert man die Entwicklung des demokratischen Zentralismus sowohl in der DDR, so sind Fragen zu beantworten wie:

Wie viel Zentralismus ist für die Einheit gewerkschaftlichen Kampfes notwendig ?

Ist der demokratische Zentralismus eine notwendige Voraussetzung für eine einheitlich handelnde und kämpfende Arbeiterklasse?

Welche Stellung nehmen die Einzelgewerkschaften in einer Einheitsgewerkschaft ein.

Eine vierte Frage soll in den Blickpunkt unserer Diskussion und auch künftigen Arbeit gerückt werden:

Die ökonomische Basis in der DDR gründete sich auf das Volkseigentum an den Produktionsmitteln. Soziale Sicherheit war gewährleistet, Arbeitslosigkeit, Leiharbeit, prekäre Arbeitsverhältnisse unbekannt, Kinderarmut Bildungsmisere – heute Fremdworte. Für alle existierten gleiche Bildungschancen. Ein von den Gewerkschaften einheitlich, auf solidarischer Grundlage geleitete Sozialversicherung lies keine Zweiklassenmedizin zu. All diese Errungenschaften in der DDR führten dazu, dass man häufig der Meinung begegnete, dass sie als dritter Verhandlungspartner mit am Tisch bei den Tarifverhandlungen saß. Das führte auch dazu, dass die in der BRD immer wieder gepriesene Marktwirtschaft das Adjektiv sozial beigelegt wurde. Heute muss festgestellt werden, mit der Einheit wurde systematisch auch ein Abbau sozialer Errungenschaften eingeleitet.

Mit dem Einheitsprozess wurden in kurzer Zeit die volkseigenen Betriebe liquidiert. Sie wurden geschlossen oder in kapitalistisches Eigentum überführt. Viele der Beschäftigten wurden arbeitslos, andere gut ausgebildete und als begehrte Arbeitskräfte in Betrieben der alten Bundesländer übernommen.

Die Treuhand erfüllte die Erwartungen des Kapitals. Die volkseigenen Betriebe gingen zum überwiegenden Teil in das Eigentum westdeutscher Unternehmen über, bzw. wurden liquidiert.

Der Förderverein zur Geschichte der Arbeiterbewegung führt am 2. April eine Tagung zum Thema „Die Treuhand – die Gewerkschaften – der Widerstand in den Betrieben 1990 und danach“ durch. Die Mitglieder unseres Vereins sind dazu eingeladen. Wir bedanken uns und werden uns bemühen unseren Beitrag zum Gelingen zu leisten.

Die Liste der Fragen und Probleme die sich im Hinblick auf die gewerkschaftliche Verantwortung in der Zeit des Auflösungsprozesses des FDGB für die Gewerkschaften in der DDR und der BRD ergeben ist gewiss lang. Daher wäre es auch vermessen, heute eine endgültige Antwort auf alle zu finden.

Eines kann festgestellt werden, der Marktwirtschaft, von vielen als sozial gepriesen, ist es nicht gelungen, seit der Wende ihre Überlegenheit zu beweisen. Die politische und soziale Entwicklung seit der Rückwende fordert mit aller Dringlichkeit starke, kämpferische Gewerkschaften, die sich von einem Kuschelkurs mit dem Kapital befreien und konsequent die Interessen der lohn- und gehaltsabhängigen Beschäftigten vertreten.

Annelis Kimmel

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Im September 2010 feierte der Deutsche Gewerkschaftsbund sein 20 jähriges Bestehen in den neuen Bundesländern.

Michael Sommer betonte auf dieser Veranstaltung in Leipzig: „Ich bin stolz, Vorsitzender einer Dachorganisation zu sein, der es im Unterschied zu vielen anderen Bereichen geschafft, Tatsächlich zu einer Organisation zusammen zu wachsen.

Dabei blendete er bewusst aus, dass in diesen 20 Jahren die Kraft und Bedeutung des Deutschen Gewerkschaftsbundes weder gewachsen noch gestärkt worden ist. Dies ist allein an wenigen Zahlen deutlich. Nach der Zerschlagung des FDGB hatte der DGB Ende 1990 einen Mitgliederstand von 7,2 Millionen. In den neuen Bundesländern geschätzt 3,6 Millionen. Heute beträgt der Organisationsstand der Arbeitnehmer 20 %. Soviel zum Stolz von Michael Sommer.

Wir wollen heute, aus der Sicht dieser 20 Jahre darstellen, wie die Siegermentalität auch bei den DGB Gewerkschaften verhinderte, dass sie gestärkt, mit einem wesentlichen Mitgliederwachstum und erhöhtem Einfluss in der Bundesdeutschen Gesellschaft aus diesem Prozess hervorgehen konnte.

Die vorliegende Chronik des FDGB für die Zeit 1989 bis zum Herbst 1990, zusammengestellt von unserem Kollegen Dr. Karlheinz Kuba, macht die feindliche Übernahme deutlich.

Bis 1989 gab es zwischen den DGB Gewerkschaften und dem FDGB ganz normale Arbeitsbeziehungen, mit Delegations- und Erfahrungsaustauschen auf beiden Seiten und auf gleicher Augenhöhe.

Der DGB hat noch bis Ende 1989 eine Politik der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR vertreten.

Ernst Breit betonte noch am 2. November 1989 in einem Interview: „Wir fühlen uns nicht als Vormund dieser Leute. (Womit er den FDGB meinte) Ich habe den Eindruck, dass die Menschen in der DDR in der Lage sind zu erkennen, was nötig ist. Am 16. November wiederholte er bei einem Arbeitstreffen mit mir und den Mitgliedern des Sekretariats, diesen Standpunkt.

Am 7. März 1990 veröffentlichte der DGB eine Entschliebung zur deutschen Einheit. Darin heißt es u.a. „Der Deutsche Gewerkschaftsbund unterstützt das Ziel, die Deutsche Einheit so schnell wie möglich zu verwirklichen, und weiter, der FDGB entspreche nicht den Kriterien einer freien unabhängigen Gewerkschaft.“ Anfang April wendet er sich gegen weitere Kontakte und Kooperation mit dem FDGB Dachverband.

Auf dem 14. Bundeskongress des DGB in Hamburg vom 20. bis 26. Mai wird ein Initiativantrag eingebracht, welcher den Bundesvorstand beauftragt im Zuge des Vereinigungsprozesses, die Aufgaben eines Dachverbandes in der DDR wahrzunehmen. Die Vorgabe war, dies noch möglichst vor der Einheit der beiden Staaten zu tun.

Damit schwenkte der DGB voll auf die Linie der Bundesregierung ein. Mit Beginn der Übernahme auf politischem, rechtlichen und ökonomischem Gebiet durch Bundesdeutsche Institutionen wurde auch durch den DGB alles verworfen, was es an 45 jährigen Erfahrungen in der Geschichte des FDGB gab, bis hin zur Ablehnung von Funktionären, Institutionen und Immobilien des FDGB. Nicht ohne folgerichtig den FDGB als Staatsgewerkschaft zu beschimpfen.

Der gesamte Prozess begann im Herbst 1989 und dem Zustand, in dem sich die DDR und damit auch der FDGB befand.

Für uns als Gewerkschaftsfunktionäre stellte sich die Lage wie folgt dar. Die Unzufriedenheit der Mitglieder wuchs zunehmend. Alles drängte auf Veränderungen bis hin zu mehr Demokratie und Mitspracherecht.

Gefördert wurde diese Missstimmung durch tägliche, gezielte Veröffentlichungen in den Medien, zu tatsächlichen oder erfundenen Missständen, Veruntreuungen oder Amtsmissbrauch leitender gewerkschaftlicher Organe oder Funktionäre.

Wir alle kennen noch die Auseinandersetzungen zum Auftreten von Harry Tisch in Boizenburg und Bergmann Borsig. Seine Äußerungen in Boizenburg, dass man die Lohnfragen hätte im Betrieb lösen können, empörte viele Kollegen bis hin zu Kreis- und Bezirksvorständen.

Es folgten die Veröffentlichungen über die Jagdhütte und ihre Ausstattung in Eixen. Die 100 Mio Mark der DDR für das Jugendtreffen zum 40. Jahrestag der DDR wurde als Veruntreuung verurteilt. Das Haus für Kollegen Nennstiel sorgte tagelang für Veröffentlichungen in der Presse. Wie sich dann herausstellte war es eine ganz normale Folge seines Umzugs, aus dienstlichen Gründen nach Berlin.

Mir selbst hat man vorgeworfen, ich hätte 2 Villen und zwei Yachten. Meine Anzeige gegen unbekannt wurde später als eine Personenverwechslung, durch die Polizei abgetan.

So herrschte, wie auf allen Gebieten in der DDR ein außergewöhnlicher Druck auf allen Organen des FDGB. Mitglieder traten aus, stellten die Beitragszahlung ganz oder teilweise ein, Kreis- und Bezirksvorstände traten zurück und es gab Streikdrohungen und Warnstreiks, wie in Plauen.

In dieser Situation fand am 30. Oktober die 10. Tagung des Bundesvorstandes statt. Einziger Tagesordnungspunkt: Soll Harry Tisch zurücktreten oder nicht?

Es gab keine inhaltlichen Ausarbeitungen, wie es weiter gehen soll. Nach heftigen Diskussionen wurde die Tagung auf den 2. November verschoben. Inzwischen war auf der folgenden Präsidiumstagung klar geworden, Harry Tisch muss zurücktreten. Auf die Frage, was machen wir den inhaltlich, wieder nichts. Der Bezirksvorstand Berlin, und wie wir später auch andere Bezirksvorstände, hat sich gemeinsam mit Sekretären des Bundesvorstandes hingesetzt und erste inhaltliche Probleme herausgearbeitet, die am 2. November auf der Bundesvorstandstagung in den Mittelpunkt gestellt werden sollten.

Auf die Frage, wer soll den Nachfolger werden, gab es mehrere Vorschläge. Helga Labs, Kollege Schladitz, der rundheraus ablehnte, Kollege Beyreuter und schließlich schlug Kollege Simon mich vor.

Am 2. November ging dann der Rücktritt von Harry Tisch schnell über die Bühne. Vor dem Tagesordnung Neuwahl, habe ich mich zu Wort gemeldet und vorgeschlagen, dass ich erst einmal sage, wie das Präsidium und das Sekretariat sich die weitere Arbeit vorstellt, das sollten wir diskutieren und dann erst wählen.

Als erste Maßnahmen haben wir vorgeschlagen:

Auf allen Ebenen das Gespräch mit unseren Mitgliedern zu beginnen.
Durchsetzung der Eigenständigkeit des FDGB gegenüber der SED.
Zügige Aufklärung von Verfehlungen oder Amtsmissbrauch und deren Bekämpfung.

Das Verhältnis des Bundesvorstandes zu den IG-Gewerkschaften neu zu ordnen.
Noch im November die 11. Tagung des Bundesvorstandes einzuberufen, um das weitere Vorgehen zu beraten.

Nach einer umfangreichen Diskussion, dokumentiert in der Tribüne vom 3. November 1989 wurde ich dann zur Vorsitzenden gewählt.

Wir begannen sofort mit der Arbeit, denn alles drängte auf zügige Veränderung der Arbeitsweise und auf neue Inhalte.

Tausende Briefe unserer Mitglieder erreichten uns in dieser Zeit. Mit viel Kritik, aber auch konstruktiven Vorschlägen. Immer wieder wurde gefordert, erhalte die Einheitsgewerkschaft und das Prinzip ein Betrieb eine Gewerkschaft. Die Gewerkschaftshochschule arbeitete an einem Material „Was sind, was wollen die Gewerkschaften in unserer Zeit“. Gleichzeitig arbeiteten Arbeitsgruppen an Entwürfen für eine neue Satzung und einer neuen Wahlordnung. Gemeinsam wurde so, die 11. Tagung, verbunden mit harten Diskussionen vorbereitet.

Klarheit bestand darin, wenn es um die Erneuerung unserer Gewerkschaft geht, müssen wir schonungslos zu unserer bisherigen Arbeit Stellung nehmen.

So formulierten wir auf der 11. Tagung:

„ Wir haben zugelassen, dass das ehrliche Engagement unserer Mitglieder und vieler Funktionäre in den Betrieben und Arbeitsstätten mehr und mehr überwuchert wurde von Formalismus, Arroganz und Besserwisseri von oben. Bevormundung und Inkompetenz hatten unsere Mitglieder zu ertragen, bis sie es nicht mehr ertragen haben und auf die Straße gegangen oder weggelaufen sind“.

Neben unseren Bemühungen zur Neu- und Umgestaltung des FDGB gab es innerhalb und außerhalb der Organisation Kräfte, die nicht an der Verbesserung der Arbeit, sondern an der Beseitigung des FDGB arbeiteten.

An einem Beispiel soll das deutlich gemacht werden.

Spät Abends am 4. Dezember 1989 wurde ich auf Verlangen der stellvertretenden BGL Vorsitzenden des Werkes für Fernsehetelektronik, Roswitha Görling, zu einer Beratung in Elektrokohle hinzugezogen.

Dort saßen unter Leitung von Rainer Schramm, dem späteren Liquidator, der zu dieser Zeit BGL Vorsitzender in Elektrokohle war, der AGL Vorsitzende des technischen Bereichs der Humboldt- Uni, ein Schauspieler aus Templin sowie die stellvertretenden BGL Vorsitzenden vom Kabelwerk Oberspree, dem Werkzeugmaschinenkombinat und dem Reifenwerk Köpenick.

Es lag ein Entwurf vor, wie sich die neue Gewerkschaft entwickeln solle. Ich erhielt kurz die Möglichkeit, diesen Entwurf zu lesen. Meine Antwort darauf lautete; wenn ihr eine Gewerkschaft ohne Sozialismus wollt, kann ich nicht zustimmen. Danach erläuterte ich kurz die Dokumente, die von unserer Seite für die 12. Tagung vorlagen. Man war der Meinung diese reichten bei weitem nicht aus, obwohl der AGL Vorsitzender der Humboldt-Uni zugab, sie noch gar nicht gelesen zu haben.

Am 6. Dezember erschien Schramm zur ersten Sitzung des neu gebildeten Arbeitssekretariats, dem er inzwischen angehörte und legte eine Petition vor. Darin wurde mein Rücktritt, der Rücktritt des Arbeitssekretariats und des gesamten Bundesvorstandes gefordert. Kämen wir dieser Forderung nicht nach, ginge diese Petition an die Presse. Die Fortsetzung dieser Vorgehensweise folgte auf der 12. Tagung des Bundesvorstandes. Nach meiner Rede über die weitere Arbeit des FDGB und der Ankündigung meines Rücktritts, eroberte der BGL Vorsitzende der Werkzeugmaschinenfabrik das Mikrophon und drohte mit 100 Mann den Bundesvorstand zu stürmen, wenn dieser nicht freiwillig zurücktritt. Was dann im Verlauf der Tagung auch geschah.

Von nun an schlug die Stunde derer, die sich zum Ziel gesetzt hatten, den FDGB zu beseitigen. Der außerordentliche Kongress Ende Januar wurde dann auch von den späteren Liquidatoren dominiert.

Es wurden grundlegende Reformen in programmatischer und organisatorischer Hinsicht angekündigt.

Man distanzierte sich vorab schon von dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft und ein Betrieb, eine Gewerkschaft. Dazu gehörte auch die Umwandlung des FDGB in einen gewerkschaftlichen Dachverband von eigenständigen und unabhängigen Einzelgewerkschaften. Die Delegierten beschließen einen Entwurf des künftigen Gewerkschaftsgesetzes.

Als Vorsitzende des Geschäftsführenden Vorstandes wird Helga Mausch gewählt. Als Ziel wurde festgelegt, die Ost an die Weststrukturen anzugleichen und den immer noch vorhandenen Einfluss leitender FDGB Funktionäre zurückzudrängen.

Die Industrie Gewerkschaften suchten nun jede für sich auf außerordentlichen Tagungen, Wege für ihre weitere Arbeit

(Dokumentiert wird dieser Prozess in der Chronik des FDGB 1989 bis 1990)

Nach der ersten Phase der Kooperation mit den DGB Einzelgewerkschaften übernahmen letztere durch ihre Vertreter, bis auf wenige Ausnahmen die leitenden Funktionen in den IG- Gewerkschaften des FDGB.

Bereits im Mai gab es Beim Bundesvorstand des DGB einen Ausschuss „ DDR Aktivitäten“ dort berichten die Einzelgewerkschaften regelmäßig über ihre Aktivitäten. In einem Protokoll heißt es :“ Als die möglichen Wege eine einheitliche Gewerkschaft zu schaffen, gelten Fusion durch den kontrollierten Umbau der DDR Gewerkschaften und ihre anschließende Auflösung, Beitritt der DDR Arbeitnehmer zu einer DGB Gewerkschaft und Gründung neuer Gewerkschaften in der DDR, unter Anleitung der DGB Gewerkschaften.

Peter Rothe, zu dieser Zeit Vorsitzender des Sprecherrates des Bundes der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften stimmte bei seinem Antrittsbesuch am 10. Mai, bei Ernst Breit zu, das Gewerkschaftsgesetz, welches die Volkskammer der DDR am 6. März beschlossen hatte, baldmöglichst wieder abzuschaffen.

Zur Rolle dieses Sprecherrates möchte ich mich auf den Wortlaut aus der Chronik des FDGB 1989 / 1990 von Dr. Karlheinz Kuba beziehen. Besser kann man es nicht formulieren. Ich Zitiere:

„ Nachdem der Geschäftsführende Vorstand des gewerkschaftlichen Dachverbandes am 4. Mai Kampfmaßnahmen im Hinblick auf das Inkrafttreten des Staatsvertrages zwischen der DDR und der BRD über die Wirtschafts-, - Währungs- und Sozialunion beschlossen hatte kam es in der Abstimmung mit dem DGB zu einem Machtkampf innerhalb des Geschäftsführenden Vorstands, sowie zwischen den Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften und den Leitern der Fachressorts, deren Versuche einer Annäherung an den DGB zurückgewiesen wurde.

Im Ergebnis der Auseinandersetzung (oder sollte man Putsch sagen)

deklarierten sich die Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften, als neues provisorisches Führungsgremium. Aus dem Vorsitzenden der Gewerkschaft der Eisenbahner, Peter Rothe, dem Wortführer der Opposition gegenüber dem gewählten Vorstand des Dachverbandes, Peter Praikow, Vorsitzender der Postgewerkschaft und Marianne Sandig von der Gewerkschaft Land- Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft bildete sich der Sprecherrat.

An stelle des Namens FDGB trat die Bezeichnung „ Bund freier Gewerkschaften der DDR“.

Als Hauptaufgaben wurden festgelegt : Die Vertretung der DDR Gewerkschaften gegenüber dem DGB, sowie der DDR Regierung de Maiziere und den politischen Parteien. Der schnellstmögliche Abbau des FDGB Apparates auf allen Ebenen und die Vorbereitung und Durchführung eines Auflösungskongresses, noch im laufenden Jahr.

Zur Unterstützung stellte der DGB Vorsitzende die Mitglieder, einer wenige Tage zuvor in Westberlin eingerichteten Kontaktstelle, als Beraterstab zur Verfügung. Dessen Leitung hatte Ernst Breit seinem persönlichen Referenten, Werner Milet, anvertraut

Die Mitglieder der Kontaktstelle bezogen ein Büro im Haus am Märkischen Ufer und firmierten fortan als „DGB Verbindungsstelle Berlin“. Sie nahmen regelmäßig an den Sitzungen des Sprecherrates teil, gaben Empfehlungen, die der DGB Vorsitzende Vorab mit Peter Rothe abgestimmt hatte.

Nachdem sich die Ressortleiter des Geschäftsführenden Vorstandes, besonders Martin Vogler, unter Berufung auf seine Wahl durch den Kongress widersetzt hatten wurden ihre Aufgaben auf die organisatorische Vorbereitung des Auflösungskongresses und den Abbau des FDGB Apparates beschränkt.

Die Vorsitzende des Dachverbandes Helga Mäusch, zog sich aus gesundheitlichen Gründen zurück“. Ende des Zitats.

Am 14. September findet Auflösungskongress statt. Die Delegierten beschließen die Auflösung mit Wirkung zum 30. September 1990. Zum Auflösungsvertrag gibt es keine Debatte und keine Gegenstimme.

Die Vermögenswerte werden in die Vermögensgesellschaft „Märkisches Ufer“ überführt. Allein der Wert an Gebäuden und baulichen Anlagen im Besitz des FDGB wird mit rund 500 Millionen Mark beziffert.

Als Liquidatoren wurden Ludwig Penig, Dr. Hans Gröben, Rechtsanwalt beim DGB und Schramm eingesetzt. Ihre gefassten Beschlüsse wurden sehr bald von der Treuhand und der unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen vom Tisch gewischt. Nicht desto weniger arbeiteten die Liquidatoren noch bis 1998, bei einem sehr guten Gehalt weiter.

Kollege Harald Bühl hat in seiner Zuarbeit für die heutige Veranstaltung nicht zum ersten mal auf die schändliche Weise hingewiesen,

wie mit dem Vermögen des FDGB umgegangen wurde.

Bereits im April 1993 wandten sich ehemalige Funktionäre des FDGB mit einem offenen Brief an die Liquidatoren, die unabhängige Kommission zur Überprüfung der Vermögen von Parteien und Massenorganisationen, an den Vorstand der Treuhand und den DGB, mit der Frage:

„Was wurde oder wird aus den Finanzen und dem Vermögen der Gewerkschaften der DDR“?

Bereits damals blieben wir von den entscheidenden Stellen ohne Antwort.

Es geht uns heute nicht darum, die vergangenen Jahre und wie die Zerschlagung des FDGB erfolgt ist, zu beklagen.

Es geht um die sachliche Darstellung dessen, was geschehen ist, um die entsprechenden Schlüsse für die weitere Stellung der Gewerkschaft in dieser Bundesrepublik, zu ziehen.

Karl Kalauch

Zunächst einige einleitende Bemerkungen:

Meine Erinnerungen aus der Zeit 1989/1990 betreffen hauptsächlich meine damalige Tätigkeit als Vorsitzender des Zentralvorstandes der IG Transport- und Nachrichtenwesen.

Diese Funktion übte ich seit 1977 aus und zuvor war ich 23 Jahre lang stellvertretender Vorsitzender der Zentralvorstände Post- und Fernmeldewesen, Energie-Post-Transport und Transport- und Nachrichtenwesen.

Mit anderen Worten:

Hinter mir lagen 40 Jahre Tätigkeit in den Gewerkschaften des FDGB, einschließlich Studium in Bernau und an der Karl-Marx-Hochschule.

Dass mich also die Ereignisse 1989/1990 emotional stärker berührten als das bei jüngeren Kolleginnen und Kollegen geschehen sein mag, leuchtet, glaube ich, ein.

Und als mir dann im Mai 1990 der damals eben gewählte neue Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) der DDR, Peter Praikow, sagte:

„...es sei halt eine Revolution gewesen und jede Revolution hätte eben Verlierer und Gewinner...“

wobei er sich offensichtlich zu den Gewinnern zählte, da war ich doch verwundert!

Immerhin hatte er bei uns vorher als Jugendsekretär gearbeitet, als Fachschulingenieur und Absolvent von Bernau.

1990 war er dann Mitglied des 3-köpfigen Sprecherrats der DDR-Gewerkschaften, der für die Abschaffung des FDGB verantwortlich zeichnete.

Ich gebe zu, ihn politisch nicht mehr wiedererkannt zu haben, aber solche Leute gab es ja noch mehr.

Doch zurück zum Thema.

Einsicht in die Vorgänge im Apparat des Bundesvorstandes oder um den Januar FDGB-Bundeskongress hatte ich zu diesem Zeitpunkt wenig.

Was die Beziehungen zwischen den DGB-Gewerkschaften und dem FDGB betraf, so waren es vor allem bis 1989 Arbeitsbeziehungen zwischen den IG/Gew. des DGB und denen des FDGB.

Aber alle Leitungsdelegationen von IG/Gew. des DGB wurden seit Jahren auch vom Vorsitzenden des FDGB zu Gesprächen empfangen, in denen dieser sich auch als Mitglied des Politbüros der SED äußerte. Vorbehalte dagegen wurden von den Gästen nie zum Ausdruck gebracht. Im Gegenteil, wie ich wiederholt erleben konnte.

Im Entwurf für unser heutiges Podiumsgespräch heißt es, dass 1989 in der gesamten DDR die Übernahme auf politischem, rechtlichem und sozialökonomischem Gebiet begann. Aus meiner Sicht geschah dies auf gewerkschaftlichem Gebiet etwas später.

Die Vertreter des DGB und seiner IG/Gew. zeigten sich anfangs von den Vorgängen im Herbst 89 in der DDR überrascht.

Offensichtlich hatte der DGB zu dieser Zeit noch keine Konzepte für seine Haltung gegenüber dieser Entwicklung.

In einer Diplomarbeit im Fach Politische Wissenschaften an der FU Berlin von Ulrich Pickert, geschrieben im Januar/Februar 1990, heißt es z.B.

„die Strategie der DPG (Deutsche Postgewerkschaft) im DGB war nicht eingebunden in einer Gesamtstrategie des DGB.

Eine solche Gesamtstrategie gab es nicht.

Die einzelnen DGB-Gewerkschaften entwickelten ihre Strategien zum Gewerkschaftsaufbau in der DDR auf Grund ihrer eigenen spezifischen Interessenlage und kamen dabei zu zum Teil sehr unterschiedlichen Verfahrensweisen.“

zitiert aus Ulrich Pickerts Diplomarbeit.

Und Michael Sommer, der heutige DGB-Vorsitzende, er war damals Abteilungsleiter für Zentrale Angelegenheiten beim HV der DPG, sagte dazu:

„Wir wollten ein wirkliches Zusammenwachsen“. „Das war von Anfang an unsere Linie. Der Gedanke an Okkupation war bei uns nie da.“

(zitiert aus der vorhin genannten Diplomarbeit)

Sommer bezog sich dabei auf das Verhältnis zur Postgewerkschaftsseite unserer IG TN.

Michael Sommer war zu dieser Zeit aber auch Mitglied eines Arbeitskreises „Deutsch-deutsche Beziehungen“ beim Bundesvorstand des DGB.

Er erinnert sich an die Arbeit dieses Kreises – ich zitiere ihn:

„Es hat Versuche gegeben der Absprache bezüglich der Rechtsnachfolge der FDGB-Gewerkschaften.

Es hat Versuche gegeben der Absprache bezüglich des Immobilien.....“

Die sind aber alle gescheitert.

Dass unser Kreis ein Absprachekreis war, der Strategien entwickelte, das kann man nicht sagen. Man kann ihm alles Mögliche vorwerfen, dieses aber nicht.

(zitiert aus Diplomarbeit Pickert)

Jedenfalls, die DPG hielt sich anfangs zurück.

„Auf Grund großer Unsicherheiten über die politischen Verhältnisse innerhalb der IG TN und vor allem auch wegen der Befürchtung, eine Aufwertung möglicherweise politisch belasteter Funktionsträger aus dem Apparat der IG TN durch voreilige Kontaktaufnahme könnte die DPG politisch diskreditieren, beschränkte sich die DPG bis Mitte Januar darauf, passive Hilfestellung zu leisten.“

„Die Signale müssen aus der DDR kommen“, sagte Kurt von Haaren, der Vorsitzende der DPG.

(alles zitiert aus der Diplomarbeit von Ulrich Pickert)

Mit passiver Hilfestellung waren die Gespräche mit Postgewerkschaftern aus der DDR gemeint, die sich im Bezirksvorstand Berlin-West der DPG informierten.

Und mit Signalen aus der DDR meinte K.v.Haaren zweifellos eine Information über die 11. Tagung unseres Zentralvorstandes vom 15./16.12.1989.

Wir hatten auf dieser Tagung unserem ZV vorgeschlagen, die IG TN aufzulösen und wieder 3 selbständige IG/Gew. zu bilden, also für den Eisenbahn-Bereich, das Post-Fernmelde- und das Transportwesen.

Dieser, unser Vorschlag, war entstanden, weil wir in den Wochen zuvor, seit September/Oktober/November hunderte von Schreiben aus Grundorganisationen, Betriebsgewerkschaftsleitungen, Vertrauensleutevollversammlungen oder von Einzelmitgliedern mit Forderungen zur Lösung arbeitsrechtlicher, ökonomischer oder arbeitsökonomischer Grundprobleme des TN-Wesens, mit Forderungen zur Senkung der

hohen Überstunden im Verkehrswesen oder zur Beseitigung der Material- und Ersatzteilprobleme in allen Bereichen erhalten hatten.

Alle Eingebener erwarteten von unserem Zentralvorstand als Gewerkschaftspartner der zentralgeleiteten Zweige, Eisenbahn oder Post-Fernmeldewesen, zivile Luftfahrt und Seeschifffahrt oder des bezirksgeliteten VE Kraftverkehrs die Durchsetzung ihrer Forderungen.

Für diese VW-Zweige waren ja wir die gewerkschaftlichen Partner.

Keine Abt. des Bundesvorstandes und kein Bezirksvorstand des FDGB.

Und das sich diese Kräfteverschiebung auf die IG/Gew. weg von den FDGB-Organen angesichts der nunmehr offenen Grenze und der sich abzeichnenden gegensätzlichen gesellschaftlichen Bedingungen notwendigerweise ergeben würde, das war mir täglich klarer geworden..

Aber bei den vorhandenen Möglichkeiten, auch der personellen und zahlenmäßigen Besetzung mit Mitarbeitern des Zentralvorstandes schienen mir die zahlreichen Forderungen an uns nicht lösbar.

Unser Sekretariat sah das genauso.

Deshalb der Vorschlag zur Trennung unserer Industriegewerkschaft TN-wesen.

Die 11. Tagung unseres Zentralvorstandes beschloss - bei 2 Gegenstimmen- unseren Vorschlag.

Die Mitglieder des Sekretariats wurden in die 3 Arbeitssekretariate zur Vorbereitung der neuen IG/Gew. gewählt. Sie blieben aber weiterhin Sekretäre des ZV bis zur fertigen Neuwahl der 3 Gewerkschaften.

Auch ich, der ich für keines der 3 Arbeitssekretariate kandidierte, blieb Vorsitzender des ZV bis zur Gründung der letzten der 3 Gewerkschaften, die dann im März 1990 erfolgte.

Wir hatten diesen Beschluss zur Auflösung der IG TN und zur Vorbereitung der 3 neuen IG/Gew. dem Bundesvorstand des FDGB schriftlich mitgeteilt.

Er wurde nicht beantwortet!

Wir handelten also auch in dieser Frage „ohne den Segen“ des Bundesvorstandes.

Aber der hatte eigentlich sowieso seit September 1989 die gleiche Sprachlosigkeit gezeigt, wie die SED.

Das „Fehlen ihrer führenden Rolle“ zeigte sich logischerweise auch in der Rolle des Bundesvorstandes.

Wir hatten z.B., wie sicher alle IG/Gew., unsere Stellungnahmen zu den Planentwürfen unserer Zweige für 1990, die offen und kritisch, wie die Jahre zuvor, ausfielen, auch an den Bundesvorstand gesandt.

Antworten dazu kamen keine!

Man spürte, dass der Bundesvorstand des FDGB, sein Sekretariat und sein Präsidium der neuen Lage ebenfalls auch hilflos gegenüberstanden.

Eine Konzeption aus gewerkschaftlicher Sicht, zur gesellschaftlichen Situation, gab es offensichtlich genauso wenig wie beim DGB bis Ende 1989.

Dort aber änderte sich das Anfang 1990 – nach dem Verlauf des FDGB-Kongresses und der deutschlandpolitischen Erklärung Modrows Ende Januar 1990.

Der Vorsitzende des HV der DPG der BRD, Kurt von Haaren, bereiste z.B. in der Zeit vom 14. – 16.2.1990 die DDR.

Er ließ sich von Funktionären unserer IG Postbetriebe benennen, die er anschließend besuchte.

In Auswertung dieser Reise sah er dann die Notwendigkeit von Unterstützungsmaßnahmen für den Gewerkschaftsaufbau in der DDR.

Ich zitiere ihn:

„Aus allem folgt, dass wir uns nicht mehr mit der Beobachterrolle begnügen dürfen. Der direkte Wunsch nach Unterstützung, aber auch die Erkenntnis, dass die Gewerkschaften dort nicht in der Lage sind, sich den durch die Vereinigung entstehenden Herausforderungen angemessen zu stellen, zwingt uns dazu, uns einzuschalten“

(zitiert aus Pickert)

Und so beschloss der HV der DPG am 19.2.90

- die Einrichtung eines Informationsbüros in Berlin mit einem ehemaligen stellv. Vorsitzenden des HV an der Spitze;
- dann die Bildung eines Referententeams mit ehrenamtl. Mitgliedern des HV

und führenden Bezirksfunktionären, die Informationsveranstaltungen durchzuführen hatten;

und außerdem wurde ein Arbeitsstab des HV aus leitenden Funktionären gebildet, der die Aktivitäten der DPG der BRD in der DDR koordinieren sollte.

(zitiert bei Pickert, S. 266)

Das heißt alles in allem:

Zahlreiche Funktionäre schwärmten aus.

Auf Einladungen oder nicht (- noch war es ja unter Land-) besuchten sie Grundorganisationen.

Hunderte Versammlungen fanden statt, auf denen sie das westdeutsche Gewerkschaftsleben darstellten.

Von da ab hat sich der HV der DPG einschließlich seiner Bezirksfunktionäre voll auf die Unterstützung und Anleitung des Arbeitssekretariats zur Gründung der Postgewerkschaft der DDR konzentriert. Und am Ende wurde diese schließlich am 10./11.3.90 als DGB/DDR in Bernau gegründet.

Zum Vorsitzenden wählten die Delegierten Peter Praikow, der, wie gesagt, genau wie die anderen 3 neuen leitenden Funktionäre, bis dahin im ZV unserer IG tätig war.

Ich war als Gast dieser Delegiertenkonferenz eingeladen.

Ich musste miterleben, mit welcher demonstrativer Anbiederung einige meiner ehemaligen Mitarbeiter sich gegenüber den anwesenden zahlreichen Vertretern des West-Hauptvorstandes der DPG verhielten.

Und die Delegierten schienen das zu billigen.

Zum Schluss verkündete Peter Praikow triumphierend,

„dass nunmehr eine eigenständige und unabhängige Gewerkschaft des Post- und Fernmeldewesens der DDR gegründet sei, die ihren 166 000 Mitgliedern künftig durch verantwortungsvolle Arbeit Schutz und Sicherheit in ihrer beruflichen Tätigkeit gewähren wolle.“

(zitiert aus Zeitung, Post-Express 1/90)

Nun, wie man weiß, existierte diese Eigenständigkeit und Unabhängigkeit nur ca. 6 Monate, denn dann verschwand die DPG der DDR in der BRD im Oktober 1990 und der Schutz und die Sicherheit der beruflichen Tätigkeit ihrer Mitglieder war von da ab nur noch im bundesrepublikanischen Maßstab möglich und nicht einmal das konnte erreicht werden.

Das tarifliche Einkommen der Ost-Postler betrug noch im Mai 1992 70 % des Westniveaus und erst im Jahr 2002 konnte endlich die tarifliche Gleichstellung erreicht werden.

Auch aus diesen Gründen sank die Mitgliederzahl auf 98000 ehemalige Ost-Postler.

Allerdings, für diese Entwicklung sind die ehemaligen Funktionäre der IG TN, die in der DPG der BRD weiterarbeiten durften, nicht verantwortlich.

Sie hatten ihre Rolle bereits gespielt.

Ihre Kenntnisse und Erfahrungen wurden eingesetzt, um soviel Gewerkschaftsmitglieder wie möglich für die angestrebte Vereinigung mit der DPG im DGB zu gewinnen.

Aus anfangs leitenden Funktionären innerhalb des DPG/DGB waren sie aus welchen Gründen auch immer, bald entfernt worden.

Doch diese Entwicklung gab es analog auch bei den beiden anderen Gewerkschaften, der Eisenbahner oder der damaligen ÖTV, wobei mit Peter Rohde bei der Gew. Transnet und Peter Praikow bei der DPG, auch die beiden ehemaligen Mitglieder des Sprecherrates der DDR-Gew. und Auflöser des FDGB aus ihren anfangs leitenden Funktionen in den DGB-Gewerkschaften, verschwanden.

So viel zur Entwicklung im Bereich meiner damaligen IG.

Die Frage nach den Ursachen der Haltungsänderung beim DGB, besonders bei Breit, zwischen Herbst 1989 und April/Mai 1990 ist schwer zu beantworten.

Es stimmt, dass Ernst Breit zu denen gehörte, die schon früh für sinnvolle Kontakte zu den DDR-Gewerkschaften eintraten, weit vor seiner Tätigkeit als DGB-Vorsitzender.

In einer Veröffentlichung der Hans Böckler-Stiftung über „Gespräche mit Ernst Breit“ vom vergangenen Jahr, die Hans Otto Hemmer führte, das ist der Vorsitzende der Sassenbach-Stiftung, antwortete Ernst Breit auf die Frage nach seinem Verhältnis zu Harry Tisch: „es sei

offen gewesen“. „Hintergrund bildete immer der Versuch wieder näher zusammenzukommen.“ (S.90 aus „Gespräch mit Ernst Breit“)

Er wurde gefragt, ob es, ich zitiere, „auch zivilisiert zugegangen sei- auch wenn ihr auf einen wunden Punkt hingewiesen habt“?

Und Ernst Breit antwortet:

„Eindeutig – selbst bei Harry Tisch. Das gilt z.B. für eine Pressekonferenz mit ihm hier im Westen, bei der es um den Schießbefehl ging“.

„Wir dachten in den Gewerkschaften nicht utopisch“ sagte Breit weiter.

„Die Mauer abzureißen, wäre über unsere Kräfte gegangen“.

„Der FDGB seinerseits konnte daran auch nichts machen“ erklärte Breit.

Und als der Fragende der Hans Böckler - Stiftung Ernst Breit an den alten Standpunkt der IG Metall erinnerte, wonach die Gewerkschaften der sozialistischen Länder de Facto keine Gewerkschaften sondern nur „Transmissionsriemen“ zur Partei seien – antwortete der „dieser IG Metall-Standpunkt durfte nicht dazu führen, dass man über Jahrzehnte nicht mehr miteinander redete.

„Das habe ich anders gesehen“, sagte Breit.

Und auf die entscheidende Frage an Breit, dem damaligen Vorsitzenden des DGB, ob nicht die Gelegenheit gewesen wäre, 1989 durch Engagieren mit den FDGB-Strukturen, den DGB sogar zu stärken, ihn zum Organisationszentrum der Gewerkschaften zu machen? sagte Ernst Breit: „Das haben die DGB-Gewerkschaften aber nicht gewollt und sie sind nun einmal das bestimmende Element, nicht der DGB-Vorsitzende.“ „Der DGB wäre auseinander gefallen“ (S. 94 in Hans Böckler-Stiftung „Gespräche mit Ernst Breit“)

Nun, m.E. zeigen sich an diesen Äußerungen des ehemaligen DGB-Vorsitzenden die damaligen grundlegend unterschiedlichen Haltungen zwischen den Kräften innerhalb des DGB.

Und die Maxime Ernst Breits als DGB-Vorsitzender war den „Laden maximal zusammenzuhalten“. So schrieb Michael Sommer über ihn im Jahr 2010. Eben für diese Haltung war Breit bekannt.

Und so siegte die andere Seite und Breit schlug sich in den letzten Wochen seiner Amtszeit auf diese Seite.

Eine historische Chance wurde wieder mal vertan.

Aber es gibt Anzeichen in den Gewerkschaften heute, die ein anderes und realeres Bild der Vergangenheit zeichnen.

Alexander Kirchner, der Vorsitzende der Vereinigten Eisenbahner und Verkehrsgewerkschaft, schreibt unter der Überschrift „Wir haben aus unserer Geschichte gelernt“.

Ende 2010 (ich zitiere: aus der Broschüre „Transnet 175 Jahre Bahn“, S. 65: „Herausragend ist und bleibt, dass nach 1945 sich die Bahnbeschäftigten mit ihrer Gewerkschaft im Sozialstaat des Westens wie im sozialistischen Staat des Ostens Arbeits- und Sozialbedingungen erstritten und erarbeiteten, die höher und besser waren als je zuvor in der 175-jährigen Geschichte der Bahnen“.

Soweit Alexander Kirchner.

Die Broschüre wurde den Delegierten anlässlich des außerordentlichen Gewerkschaftstages der Vereinigten Verkehrsgewerkschaft am 1.12.2010 in Fulda ausgehändigt.

Jedenfalls ist das eine Geschichtsbetrachtung, die wahr ist und die jahrzehntelangen Verdienste des FDGB damit zurechtrückt.

Hoffen wir, dass diese Auffassung Kirchners im DGB zum Allgemeingut in Zukunft wird.

Ich danke!